

Unser Impuls für Europa!

Die Europäische Union steht an einem von Herausforderungen geprägten Scheideweg. Welchen Weg wir gut 30 Jahre nach der Gründung in ihrer heutigen Form einschlagen, wird unsere Zukunft maßgeblich beeinflussen. Die Dynamik globaler Veränderungen, insbesondere der Migration, macht neben den wirtschaftlichen Umbrüchen, sozialen Herausforderungen und der Bedrohung durch den Klimawandel jetzt eine kluge und zukunftsweisende Politik dringend erforderlich.

Wir, die junge Generation, nehmen unsere Verantwortung an, um Europa für kommende Generationen stark zu machen. Wir verstehen uns als Hüterinnen und Hüter der europäischen Idee. Mit Leidenschaft und Entschlossenheit wollen wir Europa auf Kurs bringen, das europäische Erbe bewahren und gleichzeitig die Weichen für eine lebendige, moderne und nachhaltige europäische Zukunft stellen. Die zahlreichen Herausforderungen zu meistern, wird nicht in einem einzigen Schritt gelingen. Mit diesem Papier beziehen wir daher schwerpunktmäßig Position. Es ist unser Impuls für eine zukunftsfeste Europäische Union.

EIN AUFBRUCH IN DER MIGRATIONSPOLITIK

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- die effiziente Durchführung von Asylverfahren an den EU-Außengrenzen,
- die Bekämpfung illegaler Migration und gleichzeitige Stärkung der Fachkräfteeinwanderung in den Binnenmarkt,
- die Bündelung aller europäischen Kompetenzen und vorhandenen Strukturen in Migrationsfragen in einer eigenen Europäischen Agentur,
- den effektiven Schutz unserer europäischen Außengrenzen,
- den gezielten Abschluss von Drittstaatenabkommen zur Verkürzung von Fluchtrouten,
- die Einführung elektronischer Begünstigungsbescheinigungen für abgelehnte Asylbewerberinnen und Asylbewerber auf europäischer Ebene.

28 Die Herausforderung der Migrationskrise erfordert eine ausgewogene Politik, die den
29 inneren Zusammenhalt stärkt und gleichzeitig humanitäre Grundsätze wahrt. Unsere Vision
30 ist eine verantwortungsbewusste Migrationspolitik, die auf Zusammenarbeit, Humanität
31 und klaren Standards basiert. Ein koordinierter Ansatz der Mitgliedsstaaten auf
32 europäischer Ebene ist dafür unerlässlich. Zu einer europäischen Lösung gehört aus unserer
33 Sicht die unverzügliche Durchführung sämtlicher Asylverfahren bereits an effektiv
34 geschützten EU-Außengrenzen, zu denen die elektronische Registrierung von
35 Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie eine verpflichtende Sicherheitsüberprüfung
36 und Identitätsfeststellung gehört. Offensichtlich nicht Schutzberechtigte sollen noch an der
37 Außengrenze in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden.

38 Eine zügige Trennung von humanitärer Migration und Arbeitsmarktmigration ist ebenfalls
39 entscheidend, um Menschen mit dauerhafter Bleibeperspektive Sicherheit, Akzeptanz und
40 Chancen zu bieten. Die Europäische Union ist auf die Einwanderung von Fach- und
41 Arbeitskräften angewiesen. Zur Deckung unseres Fachkräftebedarfs sollen auch gezielt
42 ausbildungsfähige und -willige Arbeitskräfte aus Drittstaaten angeworben werden. Die
43 illegale Migration muss hingegen bekämpft werden. Die Unterstützung eines Gemeinsamen
44 Europäischen Asylsystems und klare Kriterien für Aufnahme und Integration sind deshalb
45 wichtiger Teil unseres Weges zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit der
46 Migrationsfrage.

47 Die Bündelung aller europäischen Kompetenzen und vorhandenen Strukturen in
48 Migrationsfragen in einer eigenen Europäischen Agentur ist dabei unabdingbar, um eine
49 konsistente und wirksame Steuerung und Begrenzung von Migration zu gewährleisten. Die
50 enge Koordination zwischen den Mitgliedsstaaten und klare Standards für Rückführungen
51 tragen nicht nur zur Transparenz bei, sondern stärken auch das Vertrauen in unser
52 europäisches Asylsystem. Eine entschiedene Stärkung des gemeinsamen europäischen
53 Grenzschutzes, inklusive der Erweiterung von Frontex, ist notwendig, um das grausame
54 Sterben im Mittelmeer zu beenden, eine effektive Seenotrettung zu gewährleisten und
55 Schlepperinnen und Schleppern das Handwerk zu legen.

56 Durch gezielte Abkommen mit Anrainerstaaten setzen wir uns für eine nachhaltige Lösung
57 ein. Zur Verkürzung gefährlicher Fluchtrouten sollen Geflüchtete frühestmöglich an
58 sicheren Orten in Drittstaaten Schutzgesuche an EU-Mitgliedsstaaten stellen und ein
59 geregeltes Asylverfahren durchlaufen können. Solche Abkommen müssen nicht unbedingt

auf EU-Ebene abgeschlossen, sondern können auch aufgrund bilateraler Beziehungen eingegangen werden. Dazu gehört auch eine Stärkung strategischer Entwicklungszusammenarbeit zur Schaffung von Bleibeperspektiven in Dritt- und Herkunftsstaaten.

Die Einführung von EU-weiten elektronischen Begünstigungsbescheinigungen für abgelehnte Asylbewerber ist schließlich ein innovativer Schritt, um Transparenz und Kontrolle zu erhöhen. Digital ausgezahlte Leistungen können zudem das Missbrauchsrisiko und die Verwaltungsbelastung in den Kommunen reduzieren.

EINE GEMEINSAME SICHERHEITSARCHITEKTUR FÜR EUROPA – SOWOHL AUSSEN ALS AUCH INNEN

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- die Etablierung einer Europäischen Armee als starker Pfeiler innerhalb der NATO,
- die Errichtung von spezialisierten europäischen Streitkräfteverbünden,
- Die Übernahme der sicherheitspolitischen Verantwortung durch die EU,
- Die Entwicklung einer militärischen Strategie für den asiatischen Raum durch die EU in Zusammenarbeit mit der NATO und unseren anderen Partnern,
- die Priorisierung einer gemeinsamen europäischen Anstrengung im Bereich Cybersicherheit und Schutz von kritischer Infrastruktur.
- die schnellstmögliche Erweiterung der Europäischen Union insbesondere um die Länder des Westbalkans, unter Einhaltung der Kopenhagener Kriterien, sowie die Schaffung von klareren Beitrittsperspektiven für Moldau, die Ukraine und Georgien, wobei wir die notwendigen Strukturreformen berücksichtigen.
- die Erweiterung der Kompetenzen der Europäischen Union hinsichtlich der inneren Sicherheit, mit einem eigenständigen Festnahmerecht, insbesondere mit Blick auf die Bemühungen zur Bekämpfung von Terrorismus, Cyber- sowie organisierter Kriminalität bei gleichzeitigem Ausbau von Europol zu einem "europäischem FBI" mit Ermittlungs- und Festnahmerecht.

Die Sicherheit Europas steht vor neuen Herausforderungen, die eine zeitgemäße und flexible Verteidigungsstruktur erfordern. Angesichts der erweiterten Sicherheitsbegriffs und der sich wandelnden Zeitenlage müssen wir resilient und vorausschauend agieren.

Um den komplexen Bedrohungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen, setzen wir uns für die Etablierung einer Europäischen Armee auf Grundlage des Konzepts "Pooling and Sharing"

ein, die als starker Pfeiler innerhalb der NATO fungieren soll. Ihre Stärken zieht sie aus den unterschiedlichen, qualitativ hochwertigen Verteidigungsstrukturen der Mitgliedsstaaten, ohne überflüssige Doppelstrukturen zu errichten. In diesem Rahmen sollen sich auch europäische Streitkräfteverbünde gegründet werden, die spezialisiert und auf bestimmte Aufgabenbereiche fokussiert sind. Diese Maßnahme stärkt nicht nur die Sicherheit, sondern fördert auch eine gemeinsame europäische Identität. Die EU-Staaten müssen sicherheitspolitische Verantwortung im Großraum Europa übernehmen, sodass sich die US-Amerikaner auf andere Gebiete wie den asiatischen Raum konzentrieren können. Zudem müssen die EU-Staaten gemeinsam mit der NATO und den asiatischen Partnern eine militärische Strategie entwickeln, um möglichen Eskalationen im Indopazifik vorzubeugen. Die Herausforderungen im Cyberbereich erfordern eine gezielte Stärkung der europäischen Verteidigungsstrukturen. Insbesondere im Bereich der Cybersicherheit sind aktuelle Strukturen unzureichend. Unsere Priorität liegt auf einer starken Verteidigung, um Angriffen resilient zu begegnen und die kritische Infrastruktur zu schützen. Eine erfolgreiche Bewältigung der vielschichtigen Herausforderungen erfordert eine enge Zusammenarbeit und Koordination in allen Bereichen der Verteidigungspolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass die Europäische Agentur für Cybersicherheit gezielt Maßnahmen im Bereich des "hacking-back" umsetzt, um Bedrohungen proaktiv zu begegnen.

Es ist zudem unser Anliegen, die Europäische Union um weitere Mitgliedsstaaten, wo es sinnvoll ist, zu erweitern. Der Westbalkan ist und bleibt dabei ein entscheidender Faktor, nicht zuletzt in der europäischen Sicherheitspolitik. Das zeigt nicht nur die Einflussnahme autoritärer Staaten wie China und Russland, sondern auch die erneut aufflammenden Spannungen zwischen Serbien und dem Kosovo. Die Erweiterung der Europäischen Union bleibt zudem aus unserer Sicht immer dann ein Erfolg, wenn die Beitrittskandidaten auch die Voraussetzungen zum Beitritt, insbesondere die Kopenhagener Kriterien erfüllen. Beitrittskandidaten wie die Ukraine, Moldau und Georgien brauchen klarere Beitrittsperspektiven seitens der Europäischen Union.

Schließlich müssen wir in Europa auch über eine sinnvolle Ausgestaltung der (inneren) Sicherheitsunion diskutieren. Denn mehr Sicherheit in und durch Europa bedeutet auch mehr Sicherheit für Deutschland. Unsere offenen Binnengrenzen stellen einen enormen Gewinn dar, der jedoch mit der Gefahr der grenzüberschreitenden Kriminalität einhergeht. Wir können jedoch den freien europäischen Raum nur dann ernsthaft verteidigen, wenn wir gemeinsam als Europäerinnen und Europäer die Sicherheit und das Recht und effektive Polizeiarbeit garantieren. Aus diesem Grund wollen wir Europol als europäische

126 Verbindungs- und Koordinierungsstelle weiter ausstatten und weiterentwickeln, in
127 unionsrelevanten gar hin zu einer Art FBI. Die operativen polizeilichen Befugnisse verbleiben
128 hingegen weiterhin bei den Mitgliedsstaaten.

129 **DIE EU ALS NACHHALTIGER WIRTSCHAFTSSTANDORT**

130 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 131 • den Kurs zur Erreichung des Ziels im Rahmen des Green Deals erster klimaneutraler
132 Kontinent zu werden, beizubehalten,
- 133 • den Menschen und seine Bedürfnisse in den Mittelpunkt der Wirtschaft zu stellen,
- 134 • Handelsabkommen und wirtschaftliche Partnerschaften dringend voranzutreiben,
135 insbesondere den Abschluss eines transatlantischen Freihandelsabkommens mit den
136 USA, und dabei Nachhaltigkeitsstandards zu harmonisieren,
- 137 • Die Entwicklung einer Strategie zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den
138 afrikanischen Staaten,
- 139 • die Stärkung und Sicherstellung europäischer Interessen durch den Ausbau der
140 Handelsverteidigungsinstrumente, insbesondere gegenüber der Volksrepublik
141 China, und durch die kritische Überprüfung von ausländischen Direktinvestitionen,
- 142 • die Erweiterung der Europäischen Union insbesondere um die Länder des West-
143 Balkans, sobald sie die Kopenhagener Kriterien erfüllen,
- 144 • die Möglichkeit, die BlueCard vorläufig ohne konkretes Beschäftigungsverhältnis zu
145 beantragen,
- 146 • die europäische Finanzierung zu Projekten Interregionaler Zusammenarbeit
147 (INTERREG Europe Programm) zu evaluieren und daraufhin gegebenenfalls
148 anzupassen. Bei gleichzeitiger finanzieller Entlastung betroffener Regionen. Die
149 Projekte sollen grundsätzlich sich zum Teil selbst finanzieren und langfristig keine
150 institutionelle Förderung benötigen,
- 151 • die Northvolt-Ansiedlung erfolgreich abzuschließen und daraus folgende Projekte zu
152 fördern,
- 153 • Wirtschaftsprojekte zu unterstützen, die nachhaltige Industrien in Schleswig-
154 Holstein entstehen lassen,
- 155 • über die Einführung des Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD)
156 umfassend zu informieren,

- das Bekenntnis zur World Trading Organization (WTO) und die Einhaltung der WTO-Regularien insbesondere durch China,
- die Überprüfung des Status von China als Entwicklungsland unter Berücksichtigung der durch die USA 2019 vorgeschlagenen Kriterien und ggf. eine Aberkennung des Status,
- die Zahlungen an China im Rahmen der Entwicklungshilfe einzustellen,
- die Überarbeitung der China-Strategie mit konkreten Zielsetzungen und Maßnahmen.

Im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik sollte der Mensch mit seinen Bedürfnissen stehen (Lebensqualität, Versorgungssicherheit, Daseinsvorsorge).

Der Fokus der europäischen Außenwirtschaftspolitik muss zukünftig noch stärker auf dem Abschluss von Handelsabkommen und wirtschaftliche Partnerschaften liegen. Nicht zuletzt, weil der Handel zwischen den Mitgliedsstaaten und den USA rund ein Drittel des weltweiten Handelsvolumens umfasst, wäre ein europäisches Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika jetzt der richtige Schritt. Zudem sollte eine gemeinsame europäische Strategie für den Umgang mit den afrikanischen Staaten erdacht werden, aus der langfristig eine interkontinentale Freihandelszone mit diesen Staaten entstehen kann. Dabei ist es essenziell, den Investitionsschutz sowie die ehrgeizigen Ziele im Bereich Klima- und Arbeitnehmerschutz zu beachten, um ein regulatorisches Dumping zu vermeiden. Gerade in der Konkurrenz zu China wird deutlich, wie wichtig funktionale Handelsinstrumente zur Verteidigung unserer heimischen Wirtschaft sind. Die Volksrepublik macht dem Westen in seinem Wohlstandsversprechen Konkurrenz. Die Europäische Union muss dem Wiederaufstieg Chinas eine selbstbewusste und konstruktive Antwort geben. Zuerst müssen dafür ausländische Direktinvestitionen im europäischen Binnenmarkt kritisch überprüft und gegebenenfalls auch untersagt werden. Wir bekennen uns zu den bestehenden Regelungen der WTO. Insbesondere China muss angehalten, diese einzuhalten und nicht für eigene Interessen zu nutzen. Des Weiteren wird China durch die WTO aktuell als Entwicklungsland eingestuft und erhält aus diesem Grund Entwicklungshilfen. Dies scheint nicht mehr angemessen aufgrund der wirtschaftlichen und weltpolitischen Bedeutung der VR China. Aus diesem Grund soll der Status von China anhand der von den USA 2019 festgelegten Kriterien überprüft und ggf. aberkannt werden. Die aktuelle China-Strategie ist zudem nicht ausreichend genug. Aus diesem Grund muss

189 eine Überarbeitung erfolgen, in der konkrete Ziele benannt werden, aus denen wirksame
190 Maßnahmen abgeleitet werden. Wir befürworten zudem die Maßnahmen der schrittweisen
191 Einführung eines CO²-Grenzausgleichsmechanismus, um neben dem EU-
192 Emissionshandelssystem über ein Handelsverteidigungsinstrument zu verfügen, das
193 sicherstellt, dass klimaschädliche Importe reduziert werden und die heimische
194 Industrie geschützt wird.

195 Über die BlueCard kommen hochqualifizierte Fachkräfte in die EU. Bisher gibt es hohe
196 bürokratische Hürden für Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite. Um diese zu überwinden,
197 soll die Berechtigung für die BlueCard vorläufig geprüft werden mit der Möglichkeit,
198 innerhalb von sechs Monaten über die Vorlage eines konkreten
199 Beschäftigungsverhältnisses diese abschließend zu beantragen. Die den Arbeitnehmer
200 betreffenden Unterlagen sollen unabhängig vom Angebot eines Arbeitgebers gesichtet
201 werden. Die vorläufige Zusage soll auf sechs Monate begrenzt werden. Nach dem Erhalt
202 eines konkreten Jobangebots soll die Blue Card endgültig ausgestellt werden. Die
203 Beantragung soll digital über das Auslandsportal erfolgen; gegebenenfalls erforderliches
204 zusätzliches Personal in den betreffenden Behörden (Bundesagentur für Arbeit,
205 Ausländerbehörden und Auswärtiges Amt) soll eingestellt werden.

206 Die europäische Finanzierung zu Projekten Interregionaler Zusammenarbeit (INTERREG
207 Europe Programm) muss dringend evaluiert und daraufhin gegebenenfalls angepasst
208 werden. Die Projekte sollen sich grundsätzlich zum Teil selbst finanzieren und langfristig
209 keine institutionelle Förderung benötigen. Förderung bedürfen insbesondere Forschungs-
210 und Entwicklungsprojekte an Hochschulen und Start-up-Gründungen. Ebenso wollen wir
211 den nachhaltigen Tourismus im Ostseeraum stärken, der für Schleswig-Holstein eine
212 besondere Relevanz hat.

213 **ENERGIE FÜR DIE ZUKUNFT**

214 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 215 • den massiven Ausbau von Solarkraftanlagen und Windkraftanlagen, insbesondere
216 Off-Shore Windparks, durch etwa gemeinsame deutsch-dänische Projekte,
- 217 • den Ausbau der Produktion und Infrastruktur von Wasserstoff,
- 218 • den Aufbau eines vollintegrierten Strombinnenmarktes in Europa,

- 219 • die Stärkung der Energieversorgungssicherheit durch grenzüberschreitende
220 Zusammenarbeit,
- 221 • sektorübergreifende Elektrifizierung in Europa,
- 222 • die Erhöhung der Investitionen in Forschung und Entwicklung für digitale
223 Technologien und Energiemanagement,
- 224 • die Forschung und Umsetzung von Technologien zur Vermeidung, Speicherung und
225 Nutzung von CO₂.

226 Die Energiepolitik bildet einen entscheidenden Eckpfeiler für die zukünftige Ausrichtung
227 Europas und globaler Entwicklungen. Im Sinne der im Vertrag von Lissabon verankerten
228 Verantwortung der Europäischen Union betreffend Energieversorgungssicherheit,
229 Effizienzsteigerung und Netzausbau, verfolgen wir ein gemeinsames Ziel: die Erreichung der
230 Klimaneutralität. Dies erfordert einen klaren Kurswechsel weg von Kohleenergie und eine
231 konsequente Förderung der Erneuerbaren Energien in den kommenden Jahren.

232 Schleswig-Holstein hat sich als Vorreiter im Ausbau Erneuerbarer Energien etabliert. Die
233 Bereitstellung von sauberer Energie ist nicht nur essenziell für die Zukunftsfestigkeit der
234 Industrie- und Wirtschaftsstandorte in Europa, sondern auch für die Sicherung und Stärkung
235 unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Eine sektorübergreifende Elektrifizierung
236 ist dabei unabdingbar, insbesondere durch den massiven Ausbau von Solar- und
237 Windkraftanlagen, insbesondere Off-Shore Windparks, etwa auch durch deutsch-dänische
238 Projekte.

239 Wir plädieren dafür, dass Artenschutz- und Denkmalschutzgesetze nicht länger hinderlich
240 für den Ausbau von Solar- und Windenergieanlagen sind. Gleichzeitig betonen wir die
241 Wichtigkeit der Speicherung von Energie, insbesondere in Form von grünem Wasserstoff,
242 der die Möglichkeit bietet, Energie zu speichern und transportabel zu machen. Die
243 Schaffung einer Wasserstoffinfrastruktur ist dabei von entscheidender Bedeutung, um die
244 Energiesicherheit zu garantieren und Wasserstoff dorthin zu bringen, wo er benötigt wird,
245 insbesondere in Sektoren wie Stahl- und Chemieindustrie. Die Erweiterung des Stromnetzes
246 ist ein weiterer Schlüsselaspekt, um sicherzustellen, dass Energie aus wind- und
247 sonnenreichen Regionen überall verfügbar ist. Wir setzen auf grenzübergreifende Projekte,
248 die nicht nur national, sondern europaweit gedacht werden müssen. Eine effiziente Planung
249 und Umsetzung verschiedener Infrastrukturvorhaben können dabei Kosten und Zeit sparen.
250 Die Junge Union Schleswig-Holstein setzt sich für eine entschiedene Förderung der

251 Digitalisierung im Energiebereich in der EU ein. Dies umfasst die Unterstützung von
252 Initiativen zur Entwicklung intelligenter Netzsysteme und die Erhöhung von Investitionen
253 in Forschung und Entwicklung, insbesondere in den Bereichen digitale Technologien und
254 Energiemanagement. Wir fordern zudem, dass Unternehmen und Verbraucher einen freien
255 und fairen Zugang zu digitalen Technologien und Daten über den Energieverbrauch
256 erhalten, um die Energieeffizienz zu verbessern und die Energiewende aktiv mitzugestalten.

257 In Anerkennung der Realität, dass die vollständige Vermeidung von CO₂-Ausstoß in
258 manchen Sektoren nicht möglich ist, soll die Forschung im Bereich der Vermeidung,
259 Speicherung und Nutzung von CO₂ für CO₂-intensiven Wirtschafts- und
260 Industrieunternehmen europäisch gefördert werden. Eine deutsch-dänische Kooperation
261 sollte mit positivem Beispiel vorangehen. Hier streben wir die Schaffung eines einheitlichen
262 Rahmens in Europa an und betonen die Notwendigkeit, Synergien zu nutzen.
263 Technologische und natürliche Prozesse zur CO₂-Extraktion aus der Atmosphäre sollen in
264 diesem Kontext besonders berücksichtigt werden.

265 **LANDWIRTSCHAFT UND FISCHEREI NACHHALTIG STÄRKEN**

266 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 267 • ein klares europäisches Bekenntnis zur Landwirtschaft,
- 268 • Landwirtschaft und Naturschutz europaweit anzunähern,
- 269 • die wirksame Kontrolle und ein entschiedenes Vorgehen gegen illegale Fischerei,
- 270 • gezielte Subventionen für nachhaltigen Fischfang,
- 271 • den Abbau von Beschränkungen und Bürokratie, um die Lebensmittelherstellung in
272 Europa zukunftsfähig zu machen,
- 273 • die Einführung zweckgebundener Finanzhilfen zur Unterstützung der
274 umweltgerechten Transformation der Fischerei und zum Erhalt des Berufsstands.
- 275 • die Aufhebung des Fischereiverbotes in und um Offshorewindparks, wobei nach dem
276 Vorbild der Niederlande zu prüfen ist, unter welchen Bedingungen dort in Zukunft
277 wieder gefischt werden darf,
- 278 • die Freigabe des Kormorans zum Abschuss außerhalb der artgemäßen Setz- und
279 Brutzeiten,
- 280 • dass bereits vorher gezahlte Prämien bei der Gewährung dauerhafter
281 Stilllegungsprämien nicht angerechnet werden,

- die Herausforderungen und den Mehrwert der Fischerei innerhalb der Bereiche Tourismus, Bildung und Gastronomie transparenter zu machen, z.B. durch die weitere Förderung und den Ausbau der Initiative „ wir fischen SH“ in den sozialen Netzwerken.

Die Europäische Union spielt eine zentrale Rolle in der Förderung der Meereswirtschaft, die zwischen 3 bis 5 Prozent des Bruttoinlandprodukts ausmacht. Das muss sich auch in ihrer Politik wiederfinden. In Schleswig-Holstein, einem Land zwischen Nord- und Ostsee, ist die Bedeutung dieser Branche besonders stark. Die Fischerei und die handwerkliche Küstenfischerei sind wesentliche Bestandteile des kulturellen Erbes von Schleswig-Holstein. Um sicherzustellen, dass diese erhalten bleiben, ist die Gewährleistung von Unterstützung durch die Europäische Union von entscheidender Bedeutung. So müssen auch weiterhin ausreichende finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Dies betrifft nicht nur die direkte Unterstützung für Fischer, sondern auch die Förderung des ländlichen Raums, die Unterstützung von Landwirten sowie die Stärkung der Wirtschaft und der regionalen Entwicklung in unserem Land. Nur durch eine nachhaltige und gemeinsame Anstrengung können wir sicherstellen, dass diese bedeutenden Aspekte unserer Identität und Wirtschaftsstruktur bewahrt werden.

Um dem Berufsfeld der Fischerei entsprechend Rechnung zu tragen, fordern wir eine altersgerechte Aufklärung im Rahmen des Schulunterrichtes, um von der Gesetzgebungskompetenz des Landes im Bildungsbereich Gebrauch zu machen. So gelingt es, schleswig-holsteinische Besonderheiten hervorzuheben. Zudem sehen wir touristische Kutterfahrten einen als passenden Rahmen, um auch die aktuellen Herausforderungen der Fischer zu thematisieren und das Bewusstsein für die Berufsgruppe zu steigern. Schwankungen der Fischbestände und die daraus resultierende Verfügbarkeit der Arten auf den Speisekarten unserer Restaurants geben außerdem die Gelegenheit um weitere Aufklärung zu leisten.

Die Fischerei durchläuft seit Jahrzehnten einen kontinuierlichen Prozess zur Nachhaltigkeit, mit Maßnahmen wie Fangquoten, Schonzeiten und Beschränkungen der Fanggeräte. Der Klimawandel und die Meeresverschmutzung stellen jedoch zunehmend große Herausforderungen dar. Mit dieser Aufgabe darf die ohnehin krisengeplagte Branche nicht allein gelassen werden. Wir fordern daher die Einführung europäischer Finanzhilfen zur Umsetzung von Maßnahmen, die dem Ziel einer nachhaltigen Fischerei dienlich sind und die Existenz des Berufsstandes sichern. Hierzu zählen unter anderem Maßnahmen zur

315 Stärkung der Direktvermarktung durch Gastronomie und Hotelgewerbe, Bildungsangebote
316 und ein lebendiger Traditionserhalt. Darüber hinaus soll die Modernisierung der
317 Fischereifloten vorangetrieben und unterstützt werden. Der Einsatz und Erwerb von
318 intelligenten Fangnetzen und effizienten Antriebssystemen zur Reduzierung schädlicher
319 Umwelteinflüsse sowie des Beifangs soll so attraktiver werden.

320 Zur Erhaltung der Fischerei ist es unabdingbar, die Fischerinnen und Fischer nicht mehr als
321 nötig zu beschränken. 0,7% der Meere sind in Deutschland bereits mit Offshorewindparks
322 bebaut. Diese Zonen sind aktuell von der Fischerei ausgeschlossen, obwohl dort durch die
323 Abwärme der Anlagen begünstigte Bedingungen zur Fischerei herrschen. Der Bau der
324 Offshorewindparks führt zu einem Ungleichgewicht in der Verteilung der Population
325 innerhalb des Ökosystems. Das Fischen an und in den Offshorewindparks ist unter Auflagen
326 im EU-Ausland bereits möglich, daher ist intensiv zu prüfen, wie ein zukünftiges Befischen
327 dieser Gebiete wieder möglich ist.

328 Seit 1977 hat sich die Brutbestandsentwicklung des Kormorans in der Bundesrepublik
329 vervielfacht. Gemäß der natürlichen Wechselwirkung zwischen dem Bestand der Beuten
330 und dem Kormoran ist davon auszugehen, dass diese Entwicklung in Zukunft allein durch
331 einen Rückgang der Beutepopulation stagnieren oder zurückgehen wird. In Anbetracht der
332 Tatsache, dass die Fischpopulation in der Ostsee stark rückläufig ist, ist die Bejagung zur
333 Stärkung des Ökosystems eine notwendige Hegemaßnahme.

334 Zudem setzen wir auf eine wirksame Kontrolle der Fischerei und ein entschlossenes
335 Vorgehen gegen illegale Fischereiaktivitäten. Nur durch konsequente Maßnahmen können
336 wir die Nachhaltigkeit der Meeresressourcen gewährleisten. Wir streben ebenfalls eine
337 Subventionspolitik an, die umweltschonende Praktiken belohnt und eine nachhaltige
338 Fischerei ermöglicht. Durch gezielte finanzielle Anreize wollen wir eine umweltfreundliche
339 Fischereipraxis fördern und so die langfristige Gesundheit unserer Meeresumwelt
340 sicherstellen.

341 Die Agrarpolitik der Europäischen Union war in den letzten Jahrzehnten vor allem durch
342 immer mehr Bürokratie und weitreichende Beschränkungen geprägt. Die Ziele hinter diesen
343 Maßnahmen sollen nicht in Frage gestellt werden, denn es ist unser Anliegen die
344 Landwirtschaft nachhaltig zu gestalten. Jedoch muss die Landwirtschaft in Europa, um
345 konkurrenzfähig zu bleiben auch wirtschaftlich sein. Hinzukommt, dass Landwirte immer
346 mehr mit Bodenkonkurrenzen zu kämpfen haben. Die Landwirtschaft muss durch
347 Bürokratieabbau und Abbau von Beschränkungen gestärkt werden, aber gleichzeitig bei der
348 Umsetzung nachhaltiger Maßnahmen unterstützt werden.

349

350 **BEREIT FÜR DIE BILDUNGSUNION**

351 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 352 • die Verwirklichung einer Bildungsunion durch verbesserte gegenseitige
- 353 Anerkennung von Bildungsabschlüssen in allen Bereichen,
- 354 • die Mittel für Erasmus+ zu erhöhen und die Bekanntheit des Programms auch
- 355 außerhalb des Studiums zu erweitern.

356 Mit dem Vertrag von Lissabon wurde der Fokus der Europäischen Union daraufgelegt, die
357 Aktivitäten der Mitgliedstaaten zu unterstützen, zu koordinieren oder zu ergänzen. Es ist an
358 der Zeit, insbesondere im Bereich der Bildungspolitik den nächsten Schritt zu gehen. Um
359 eine echte Bildungsunion zu verwirklichen, in der Zertifikate und Zeugnisse anerkannt
360 werden, müssen zunächst Kriterien entwickelt werden, die eine Vergleichbarkeit der
361 Bildungsabschlüsse in allen Bereichen (Schule, Hochschule sowie berufliche Bildung)
362 ermöglichen, ohne die bewährten Strukturen zu unterminieren.

363 Ebenso sollen die europäischen Austauschprogramme und das Erlernen von Fremdsprachen
364 weiter gefördert werden. Ein hervorragendes Beispiel dafür ist Erasmus+, das als Programm
365 für Bildung, Jugend und Sport der Europäischen Union fungiert. Erasmus+ ermöglicht vor
366 allem jungen Menschen im Studium und in der Ausbildung einen bedeutsamen Austausch
367 im europäischen Ausland, sowohl auf akademischer als auch beruflicher Ebene. Die positive
368 Wirkung von Erasmus+ auf die Völkerverständigung und die Einigung der europäischen
369 Bevölkerung, bereits in jungen Jahren, ist unbestreitbar. Dennoch zeigt sich, dass die
370 Bekanntheit dieses Programms unter Auszubildenden erheblich geringer ist im Vergleich zu
371 Studierenden. Hier besteht die Notwendigkeit einer gezielten Werbeoffensive bei
372 Ausbildungsunternehmen und Berufsmessen, um die Vorzüge von Erasmus+ stärker ins
373 Bewusstsein zu rücken.

374 Um Erasmus+ einer breiteren Zielgruppe zugänglich zu machen, insbesondere finanziell
375 weniger gut gestellten Personen, setzen wir uns für eine erhöhte Bereitstellung von Mitteln
376 ein. Dies soll nicht nur die Finanzierung von mehr Austauschplätzen ermöglichen, sondern
377 auch höhere Fördersummen für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Programms
378 gewährleisten. Ein zentraler Schwerpunkt liegt dabei auf der Chancengleichheit und der
379 Möglichkeit für jeden, unabhängig von finanziellen Ressourcen, von den Vorteilen von
380 Erasmus+ zu profitieren.

381 WOHLSTAND ÜBER GENERATIONEN SICHERN

382 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 383 • eine generationengerechte Finanz- und Haushaltspolitik der Europäischen Union,
384 die eine Neuverschuldung ausschließt,
- 385 • die effektive Einhaltung europarechtlicher Vorgaben zur Staatsverschuldung,
- 386 • keine Transfers europäischer Gelder in Sozialprogramme der Mitgliedsstaaten,
- 387 • die Verwirklichung des Wiederaufbauinstruments als europäisches Projekt mit
388 gemeinsamer Mittelverwendung sowie die Priorisierung von Investitionen in
389 Infrastruktur und Innovation,
- 390 • mehr Transparenz, bessere Berichterstattung und internationale Standards im
391 Schuldenmanagement.

392 Wir sind uns der Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen bewusst. Deshalb
393 setzen wir uns für eine verantwortungsbewusste und generationengerechte Finanzpolitik
394 der Europäischen Union ein. Das bedeutet aus unserer Sicht, dass die Europäische Union
395 keinerlei Schulden machen darf. Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion muss
396 stabil aufgestellt sein, Verantwortung und Haftung für Staatsausgaben dürfen nicht
397 auseinanderfallen. Zu einer nachhaltigen europäischen Haushaltspolitik gehört für uns,
398 insbesondere angesichts des starken Sozialgefälles unter den Mitgliedsstaaten, dass keine
399 europäischen Gelder in die Sozialprogramme von Mitgliedsstaaten transferiert werden,
400 welche zu einer tatsächlichen Reduzierung von Beschränkungen führt

401 Gerade deshalb muss beispielsweise die Verwaltung des milliardenschweren EU-Corona-
402 Aufbaufonds transparenter gestaltet und die Mittel gezielt verwendet werden. Die
403 Menschen in Europa haben ein Recht darauf, genau zu wissen, wie die Mittel, die für das
404 Aufbauprogramm „Next Generation EU“ aufgenommen wurden, verwaltet werden. Die
405 Europäische Kommission muss ihre schnell aufgebauten Kapazitäten entsprechend
406 anpassen, um den Herausforderungen des Schuldenmanagements gerecht zu werden. Uns
407 ist klar: Unsere Kinder und Enkel werden diese Schulden zurückzahlen müssen. Gerade
408 deshalb sind schon jetzt die Anpassung des Schuldenmanagements an international
409 bewährte Standards, wie es der Europäische Rechnungshof fordert, sowie klare und
410 verständliche Informationen im Rahmen der Berichterstattung entscheidend. Nur so

411 können aufgenommene Schulden, die wir grundsätzlich kritisch sehen,
412 verantwortungsbewusst und nachhaltig verwaltet werden. Dabei ist auch unerlässlich, dass
413 die Europäische Kommission klare Ziele für das Schuldenmanagement festlegt. Wir setzen
414 uns dafür ein, dass Investitionen in Infrastruktur und Innovation zur Verbesserung der
415 Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsstaaten priorisiert werden.

416 **EINE HANDLUNGSFÄHIGE EUROPÄISCHE UNION**

417 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 418 • die Einführung eines „one in, two out“-Prinzips für Regulierungen,
- 419 • die Schaffung eines unabhängigen Europäischen Normenkontrollrats für eine
420 bessere Rechtssetzung und die Vermeidung von überflüssigen Vorschriften,
- 421 • ein rechtsförmiges Sanktionsverfahren für Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit in
422 den Mitgliedsstaaten zu entwickeln, das Instrumente bis hin zum Ausschluss
423 beinhaltet,
- 424 • die Einführung der Klagemöglichkeit von Mitgliedsstaaten vor dem Europäischen
425 Gerichtshof bei Zweifeln über die Kompetenz der Europäischen Union,
- 426 • die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips in allen Fragen der Europäischen
427 Union, mit Ausnahme der Aufnahme neuer Mitgliedsstaaten,
- 428 • die Ausdifferenzierung des Kompetenz-Kataloges der Europäische Union,
429 namentlich die präzisere, eindeutigere Formulierung der EU-Zuständigkeiten,
- 430 • die Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments, insbesondere das
431 Vorschlagsrecht nach dem Spitzenkandidaten-Modell für die Europäische
432 Kommission, aber auch die Möglichkeiten der vollwertigen effektiven
433 parlamentarischen Kontrolle der Kommission bis hin zu einem Recht des
434 individuellen konstruktiven Misstrauensvotums,
- 435 • die Reduzierung der Anzahl an Europäischen Kommissaren unter Einhaltung eines
436 fairen, vorab festgelegten Rotationsprinzips und den Übergang in das Prinzip der
437 doppelten qualifizierten Mehrheit.
- 438 • die Stärkung der legislativen Rechte des Europäischen Parlaments, namentlich das
439 Initiativrecht für unionsrechtliche Vorhaben einschließlich der mehrjährigen
440 Haushaltsplanung,

441 Die Europäische Union, ihre Bürger und die im Binnenmarkt ansässigen Unternehmen
442 leiden unter der wachsenden bürokratischen Last. Wir setzen uns dafür ein, dass das
443 Regulierungs-Chaos der Vergangenheit angehört. Mit der Einführung des bereits bewährten
444 Prinzips „one in, two out“ für Regulierungen, wollen wir das europäische Regelwerk auf den
445 Prüfstand stellen. Ebenso soll ein unabhängiger Europäischer Normenkontrollrat für eine
446 bessere Rechtssetzung sorgen und neue überflüssige Vorschriften in Zukunft vermeiden. Zu
447 einer funktionsfähigen Europäischen Union gehören zudem Mitgliedsstaaten, die sich an
448 die Regeln halten. Der Rechtsstaatlichkeitsmechanismus, der als Antwort auf Verstöße der
449 Mitgliedsstaaten gegen Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit etabliert wurde, muss daher zu
450 einem rechtsförmigen Sanktionsverfahren weiterentwickelt werden, das Verstöße spürbar
451 ahndet. Dabei müssen alle Optionen auf den Tisch – auch ein Instrument zum Ausschluss
452 aus der Europäischen Union.

453 Europa muss den Interessen der Bürger, Regionen und Mitgliedstaaten gerecht werden. Es
454 dürfen keine Widersprüche zwischen regionalen, nationalen und europäischen Interessen
455 bestehen. Unsere Vision für Europa beinhaltet eine Stärkung der Rolle der nationalen
456 Parlamente. In den letzten Jahren ist bereits eine deutliche Reduzierung der von der
457 Europäischen Kommission vorgeschlagenen Regelungen erfolgt, und diese Entwicklung soll
458 konsequent fortgesetzt werden. In Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten
459 streben wir an, das System der Rüge bei Verletzung der Prinzipien der Subsidiarität und
460 Verhältnismäßigkeit weiterzuentwickeln, sogar bis hin zur Möglichkeit einer Art des
461 Organstreits.

462 Derzeit erfordern wesentliche Beschlüsse der EU, insbesondere im Bereich der
463 Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, die Einstimmigkeit der Mitgliedstaaten. Dies
464 hat oft dazu geführt, dass die EU langsam oder überhaupt nicht zu wichtigen
465 Entscheidungen kommen konnte. Dies dient nicht der Wahrung nationaler Souveränität; im
466 Gegenteil, im internationalen Wettbewerb sind die europäischen Nationalstaaten durch
467 diese Regelung die großen Verlierer.

468 Für viele Bürgerinnen und Bürger ist zudem nicht klar, was die EU überhaupt regeln darf und
469 wofür die Mitgliedsstaaten zuständig sind. Es ist daher erforderlich, auch in unserer
470 Verantwortung als politische Organisation, für Aufklärung und für mehr Transparenz zu
471 sorgen und in rechtlicher Hinsicht präziser zu definieren, welche Kompetenzen die EU
472 haben soll.

473 Die Europäische Union stellt bisher kein parlamentarisches Regierungssystem dar, in dem
474 die Parlamentsmehrheit die Regierung wählt und der Spitzenkandidat der Mehrheitspartei
475 Regierungschef wird. Stattdessen bildet die EU einen Staatenverbund, der die Interessen
476 von 28 Mitgliedsländern und über 500 Millionen Einwohnern ausgleichen muss. Hierbei
477 existiert ein komplexes System leitender Institutionen, das sowohl die innewohnenden
478 Kompetenzen als auch die Zusammensetzung betrifft. Der Europäische Rat und der Rat der
479 Europäischen Union repräsentieren die einzelnen Staaten mit ihren Regierungen, während
480 das Europäische Parlament die Unionsbürger unmittelbar in Gesetzgebungsverfahren
481 repräsentiert.

482 Die Europawahl ermöglicht es den Bürgern, direkt Einfluss auf die Zusammensetzung des
483 Europäischen Parlaments zu nehmen. Allerdings besitzt das Europäische Parlament kein
484 eigenes Vorschlagsrecht für einen Kommissionspräsidenten. Dieses Recht liegt beim
485 Europäischen Rat, den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten. Obwohl der
486 Europäische Rat das Ergebnis der Europawahl "berücksichtigen" soll, wurde in den letzten
487 Wochen deutlich, dass das aktuelle Verständnis dieser Berücksichtigung von den
488 Erwartungen der Bürger abweicht.

489 Die Einführung des Spitzenkandidaten-Modells sollte dem Wähler mehr Einfluss auf die
490 Besetzung der Kommission ermöglichen. Die steigende Wahlbeteiligung in Deutschland ist
491 ein Beleg für die Erwartungen der Bürger an eine demokratischere Teilhabe. Jedoch wurden
492 diese Erwartungen in den letzten Wochen durch den Europäischen Rat missachtet, der
493 anstatt einen Spitzenkandidaten zu wählen, ein umfassendes Personalpaket vereinbarte.
494 Dieses Paket wurde größtenteils von Vertretern der europäischen Regierungen
495 ausgehandelt, was einen unmittelbaren Eingriff in die Rechte des Europäischen Parlaments
496 darstellt.

497 Das Spitzenkandidaten-Modell soll das wahrgenommene Demokratiedefizit der
498 Europäischen Union verringern und die Legitimität der EU steigern. Trotzdem wurden die
499 Hoffnungen in das Modell enttäuscht, da es von den Staats- und Regierungschefs ignoriert
500 wurde. Es ist wichtig, dass das Spitzenkandidaten-Modell nicht ad acta gelegt wird, sondern
501 vielmehr für die kommende Europawahl gestärkt wird, genauso wie das Europäische
502 Parlament selbst in seinen Kompetenzen gestärkt werden sollte.

503 Das bestehende Demokratiedefizit in der Europäischen Union sowie parlamentarische und
504 institutionelle Defizite müssen behoben werden. Insbesondere die Sitzverteilung im
505 Europäischen Parlament und das fehlende Initiativrecht des Parlaments müssen überdacht
506 werden.

507 Des Weiteren ist die aktuelle Verteilung der Kommissionszuständigkeiten innerhalb der EU
508 zwar unter dem Gesichtspunkt der Gleichstellung sinnvoll, erweist sich jedoch inhaltlich als
509 höchst ineffizient. Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein eine Überarbeitung
510 der Kommissionszuständigkeiten unter Berücksichtigung einer effizienten
511 Aufgabenverteilung. Zudem sollte ein flexibleres System eingeführt werden, bei dem nicht
512 zwangsläufig jedes EU-Mitgliedsland ein Kommissionsmitglied stellen muss. Vielmehr sollte
513 die Auswahl der Kommissare nach ihrer Qualifikation für das jeweilige Amt erfolgen,
514 unabhängig von ihrer Herkunft.